

# Ohne Herkunft keine Zukunft

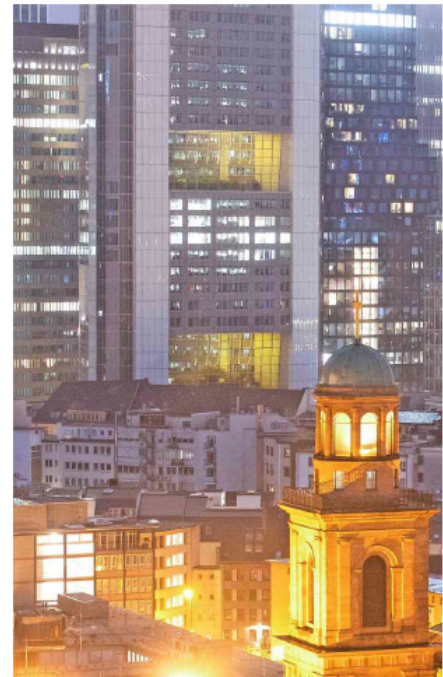
Die deutsche Demokratiegeschichte sollte unverstellt betrachtet werden: eine Antwort auf einen Beitrag von Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg.

*Ein Gastbeitrag von Bettina Wiesmann  
und Professor Dieter Hein*

**E**s bedurfte nicht erst des russischen Angriffs auf die Ukraine, um uns bewusst zu machen, dass unsere freiheitlich demokratische Lebensform in hohem Maße bedroht ist: von außen durch autoritäre Gegenmodelle wie in Russland und China, im Inneren durch Kräfte, die die demokratische Ordnung nur für das eigene Machtstreben anerkennen oder die –

kann, und schließlich dazu, wie das Verhältnis unserer aktuellen Herausforderungen zur Geschichte der deutschen Demokratie bestimmt werden soll. Drei Aspekte scheinen uns in diesem Zusammenhang elementar wichtig zu sein.

Zunächst einmal gibt es keinen Grund, warum die demokratische Traditionsbildung von einem negativ akzentuierten Bild der Frankfurter Nationalversamm-



*Ausschnitt Frankfurter Allgemeine Zeitung*

## Die deutsche Demokratiegeschichte unverstellt betrachten

**Von Bettina M. Wiesmann und Prof. Dr. Dieter Hein**

Es bedurfte nicht erst des russischen Angriffs auf die Ukraine, um uns bewusst zu machen, dass unsere freiheitlich demokratische Lebensform in hohem Maße bedroht ist: von außen durch autoritäre Gegenmodelle wie in Russland und China, im Inneren durch Kräfte, die die demokratische Ordnung nur für das eigene Machtstreben anerkennen oder die – so im Zuge der Pandemie – in einem falschen Freiheitsverständnis die gesellschaftliche Solidarität aufkündigen.

Umso wichtiger ist es heute, das demokratische Bewusstsein, das Wissen über und das Verständnis für unsere parlamentarische Demokratie und den für ihren Erfolg unabdingbaren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und zu stärken. Vor allem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in diesem Zusammenhang immer wieder auf die zentrale Bedeutung hingewiesen, die dabei der historischen Erinnerung an die Wege und die Wegbereiter der deutschen Demokratie zukommt.

Als ein erstes greifbares Ergebnis beschloss der Bundestag im letzten Jahr, eine Stiftung „Orte deutscher Demokratiegeschichte“ mit Sitz in Frankfurt zu errichten. Das bevorstehende Jubiläum der Revolution von 1848/49 und der Zusammenkunft der verfassunggebenden Nationalversammlung in Frankfurt – ein Ereignis, das weit über die

Stadtgesellschaft hinausreicht – hat schon jetzt sehr dazu beigetragen, dass in der aktuellen Diskussion zur demokratischen Traditionsbildung die Paulskirche, ihre künftige bauliche Gestalt und ihre Ergänzung durch ein „Haus der Demokratie“ im Mittelpunkt stehen.

## **Differenzen gehören zur Demokratie**

Trotz mancher Übereinstimmungen zeigen sich in den bisher veröffentlichten Stellungnahmen, zuletzt dem Beitrag von Bürgermeisterin Eskandari-Grünberg, auch fundamentale Auffassungsunterschiede zu zentralen Fragen des demokratischen Erinnerns. Zum einen hinsichtlich des Bildes, das von den Ereignissen von 1848/49 und dem Wirken der Nationalversammlung gezeichnet wird, zum anderen darüber, in welcher Weise die historische Erinnerung zur demokratischen Bewusstseinsbildung beitragen kann, und schließlich dazu, wie das Verhältnis unserer aktuellen Herausforderungen zur Geschichte der deutschen Demokratie bestimmt werden soll. Drei Aspekte scheinen uns in diesem Zusammenhang elementar wichtig zu sein.

Zunächst einmal gibt es keinen Grund, warum die demokratische Traditionsbildung von einem negativ akzentuierten Bild der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 ausgehen sollte, das deren Wirken als widersprüchlich und reaktionär vollkommen verzerrt. Zur Demokratie gehören die Differenz der Meinungen und Ziele, das Ringen um gemeinsame Beschlüsse, die schwierige Mehrheitsbildung und die teilweise auch radikale Opposition von Minderheiten. In dieser Hinsicht war die Paulskirche geradezu ein Musterbeispiel für demokratische Meinungsvielfalt bis hin zu dem großen Gegensatz zwischen Republikanern und Anhängern einer monarchischen Ordnung. Und genauso zeigt sie die erfolgreiche Suche nach Mehrheiten, schlussendlich auch in der Verabschiedung einer Verfassung, die weit mehr war als ein dilatorischer Kompromiss und die gerade deshalb nachhaltige Spuren in der deutschen Verfassungsgeschichte hinterlassen hat.

Ähnliches gilt für die Wiederbegründung der deutschen Demokratie nach der NS-Diktatur. Gewiss sind die Voraussetzungen dafür von außen, von den Besatzungsmächten geschaffen worden; diese setzten auch den Handlungsrahmen. Aber ist deshalb die Demokratie von den Deutschen nicht selbst gewählt und nur widerwillig akzeptiert worden? Das wird weder jenen deutschen Politikern gerecht, die nach 1945 mit ganzem Herzen und voller Kraft, in kritischer Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, die Bundesrepublik aufbauten, noch dem in allen Nachkriegswahlen mit breiter Mehrheit bekundeten Bekenntnis der Deutschen zur Demokratie.

## **Alle Bevölkerungsgruppen einbeziehen**

Die demokratische Traditionsbildung muss zum Zweiten mit allem Nachdruck die Chance der historischen Perspektive nutzen. Gerade sie bietet ein Mehr gegenüber der bloßen Wiederholung aktueller politischer Debatten und der Zementierung gegenwärtiger Frontstellungen. Das Nachdenken über Geschichte sucht naturgemäß zunächst nach Kontinuitäten, identifiziert Ursprünge und Vorbilder unserer gegenwärtigen Ordnung in der Vergangenheit. Zweifellos stellen in dieser Hinsicht die Paulskirche und ihr Werk, die

Reichsverfassung von 1849, zentrale Traditionsanker dar. Doch ist offenkundig, dass das Werden unserer Demokratie sich nicht als lineare Siegesgeschichte erzählen lässt, sondern dass die Wege zur Demokratie oft verschlungen waren und mit vielfältigen Rückschlägen gepflastert. Zudem waren die Wegbereiter der Demokratie in vielen Fällen – legt man die Maßstäbe der Gegenwart an – durchaus ambivalente Figuren, deren Leistung nur vor ihrem jeweiligen historischen Hintergrund angemessen zu beurteilen ist.

So betrachtet, tritt neben die Kontinuitätsperspektive die Andersartigkeit einer älteren historischen Epoche als Diskussionsanregung und Erkenntnisinstrument. Wenn die Frankfurter Nationalversammlung über Adelsvorrechte, Judenemanzipation und Wahlrechtsbeschränkungen debattierte, so sind uns diese konkreten Streitpunkte heute fremd, weil die Rechtsgleichheit längst durchgesetzt ist. Aber dahinter stand eben – das zieht sich als roter Faden durch die Debatten – die elementare Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen einer freiheitlichen und auf dem Prinzip der Selbstbestimmung und Mitsprache beruhenden politischen Ordnung. Und diese Art der historischen Betrachtung führt dann mitten hinein in Grundfragen unserer gegenwärtigen Demokratie: Welches Mischungsverhältnis von Repräsentation und Partizipation wird für stabile Verhältnisse benötigt? Welche Rolle spielen Parteien unter Bedingungen von „Echtzeitdemokratie“? Wie wichtig ist der nationale Rahmen für die Behauptung der Demokratie? Wie kann in Zeiten von auflebendem Populismus und Propaganda die parlamentarische Demokratie lebendig bleiben?

In die demokratische Traditionsbildung müssen drittens – das ist unabdingbar – alle Bevölkerungsgruppen, gesellschaftlichen Kräfte und politischen Strömungen einbezogen werden. Aber an ihrem Anfang darf nicht eine Wertung stehen, die von vornherein einzelnen Teilgruppen ein höheres demokratisches Potential und eine hervorgehobene Rolle zuspricht. Und sie darf nicht die Zivilgesellschaft gegen die institutionalisierte Demokratie mit dem vom Volk gewählten Parlament im Zentrum und demokratischen Parteien als ihren wichtigsten Mittlern und Meinungsbildnern ausspielen. Entscheidungs- und handlungsfähig wird eine freiheitliche Demokratie nur in ihrer staatlichen Verfasstheit als parlamentarische Demokratie. Sie bedarf der Unterstützung und des Unterbaues einer Zivilgesellschaft. Von deren belebenden Impulsen kann sie profitieren. Die Demokratie in Deutschland bedarf keiner Radikalisierung. Erweitert werden sollte vielmehr das Verständnis von ihrer Bedeutung und die Bereitschaft, für die demokratische Ordnung einzutreten und ihr auch aktiv zu dienen. Gerade dafür bietet die Erinnerung an die Paulskirche und ihr Verfassungswerk vielfältige und vielversprechende Ansätze.

*(Veröffentlicht unter dem Titel „Ohne Herkunft keine Zukunft“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 5.4.2022)*